

**Beschluss  
der Stadtverordnetenversammlung**

2. November 2020  
1 von 2

**Resolution "Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ächten"**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP + Freie  
Wähler + Piraten  
- 101.18.1930 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die zunehmende Zahl von Anschlägen in der jüngeren Vergangenheit auf Personen und Sachen sowie auf gesellschaftliche und staatliche Institutionen und Einrichtungen des demokratischen Gemeinwesens, nicht nur in Deutschland, ist Besorgnis erregend. Immer neue Nachrichten über Anschläge auf haupt- und ehrenamtlich politisch Tätige, aber auch auf Privatleute, die ihre politischen Freiheitsrechte selbstverständlich in Anspruch nehmen und ausüben, erschüttern den bislang weitestgehend eingehaltenen demokratischen Grundkonsens der Beachtung demokratischer Spielregeln.

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung bekennt sich daher nachdrücklich zu den im Grundgesetz festgeschriebenen freiheitlich-demokratischen Grundwerten, insbesondere zu jenen, die freie politische Debatten im Rahmen der bestehenden Gesetze gewähren und lehnt jede Form von Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ab.

Demokratischer Diskurs muss weiterhin unter dem Schutz und der Garantie des Grundgesetzes in der Form stehen, dass politische Auseinandersetzungen ohne die körperliche Beeinträchtigung von Personen und die materielle Beeinträchtigung von Sachen geführt werden können. Alle hiergegen gerichteten Handlungen werden von der Kasseler Stadtverordnetenversammlung weder toleriert noch geduldet.

Die Stadtverordnetenversammlung ruft alle, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz verpflichtet fühlen, dazu auf, unsere demokratischen Werte zu verteidigen und ächtet jedwede Form von Gewalt gegen die Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

2 von 2

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke (5), FDP+FW+Piraten, WfK

Ablehnung: AfD (1)

Enthaltung: AfD (5), Kasseler Linke (2)

den

### **Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP+FW+Piraten betr. Resolution "Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ächten", 101.18.1930, wird **zugestimmt**.

Volker Zeidler  
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin  
Schriftführerin